

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 49+51 – Bericht zur Lehrkräftegewinnung und zur Unterrichtssituation

Dazu sagt die schulpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

Ines Strehlau:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 459.18 / 13.12.2018

Unsere Investitionen in Bildung zahlen sich aus

Sehr geehrte Damen und Herren,

bis 2025 fehlen bundesweit 25.000 Lehrkräfte. Wir merken den Lehrkräftemangel auch bei uns in Schleswig-Holstein. Vor allem an Grundschulen, Förderzentren und an beruflichen Schulen im gewerblich-technischen Bereich ist der Mangel groß. Um diesen Mangel zu beheben, brauchen wir ein Konzept. Dieses Konzept legt die Landesregierung mit ihrem Bericht vor. Die Ausstattung mit Lehrkräften hat wiederum unmittelbaren Einfluss auf die Unterrichtsversorgung. Auch hierzu liegt der aktuelle Bericht vor. Vielen Dank an Sie, liebe Karin Prien, und an Ihr Haus für die detaillierten Berichte.

Der Bericht zur Lehrkräftegewinnung zeigt, dass das Thema von der Landesregierung strukturiert, auf mehreren Ebenen und mit Nachdruck angegangen wird. Es ist die richtige Strategie, als Land an vielen Stellen aktiv zu werden: Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte verbessern, Ausbildungskapazitäten erhöhen, Quer-, Seiten- und Direkteinstieg intensivieren und für den Lehrer*innenberuf werben sind dabei wichtige Bausteine.

Es gibt in allen Bereichen einen bunten Strauß an geplanten und bereits durchgeführten, kurzfristig und langfristig wirkenden Maßnahmen. Unsere Landesregierung gibt wirklich Gas und geht die Herausforderung an. Um den genauen Bedarf an Lehrkräften zu kennen, brauchen wir Zahlen. Wer geht wann mit welcher Fächerkombination in Pension und muss ersetzt werden? Wer ist wie lange in Erziehungszeit? Wie entwickeln sich die Schüler*innenzahlen?

Es ist gut, dass das Bildungsministerium die Entwicklung eines Prognosetools in Auftrag gegeben hat. Es wird zum kommenden Schuljahr fertig sein. Dann wissen wir genau, wie viele Lehrkräfte wir in welchen Fächern brauchen und wo wir unsere Kapazitäten anpassen müssen. Wir warten aber nicht auf das Tool. Wir haben schon reagiert und schon mit der Küstenkoalition die Studienkapazitäten bei den Sonderpädagog*innen in Flensburg von 120 auf 160 erhöht. Jamaika hat die Zahl der Referendari-

atsplätze 2018 um weitere 75 erhöht, zu 2019 um noch einmal 90 Plätze. Außerdem wird das Studienangebot in Flensburg durch eine Professur für Darstellendes Spiel erweitert. Wir werden hier kontinuierlich nachsteuern.

Das tun wir auch bei der Zahl der Lehrkräfte. Mit dem Haushalt 2019 stellen wir weitere rund 400 zusätzliche Stellen zur Verfügung, statt - wie ursprünglich geplant - 495 Stellen abzubauen.

Wir haben auch die aktiven Lehrkräfte im Blick: Entlastung für zusätzlich übernommene Aufgaben, A13 für Grundschullehrkräfte, bessere Bezahlung der Grundschulleitungen, Verbesserungen beim Gesundheitsmanagement und der Bildungsbonus, der unter anderem auch die personelle Stärkung der Schulen mit besonderen Herausforderungen vorsieht. Dies sind Beispiele für bessere Arbeitsbedingungen und weniger Stress am Arbeitsplatz.

Es ist wichtig, hieran weiter zu arbeiten. Zum einen, um die Arbeitszufriedenheit zu erhöhen, zum anderen, um Anreize für teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte zu bieten, ihre Stunden aufzustocken. Dieses Potenzial müssen wir im Blick haben.

Eine Stundenaufstockung vieler aktiver, teilzeitbeschäftigter Lehrkräfte würde kurzfristig gegen den Lehrkräftemangel helfen. Eine weitere Maßnahme, die schnell Wirkung zeigt ist der Quer-, Seiten- und Direkteinstieg in den Lehrerberuf. Die Diplom-Physikerin oder der Masterabsolvent im Maschinenbau, die gerne in ihrem Mangelfach oder -fachrichtung an einer Schule arbeiten möchten, bekommen hierdurch die Chance dazu. Sie unterrichten einige Stunden, gleichzeitig werden sie am IQSH weiter qualifiziert. Die Kultusministerkonferenz arbeitet dazu an einheitlichen Standards. Das ist notwendig. Ich bin gespannt auf das Ergebnis.

Das Satellitenmodell zwischen unseren Hochschulen und dem Berufsbildungsinstitut Arbeit und Technik an der Europa-Universität Flensburg bietet Bachelorabsolvent*innen die Möglichkeit, ihren Master in einer gewerblich-technischen Fachrichtung zu machen, um Berufsschullehrkraft zu werden. Wichtig ist auch, junge Leute dafür zu gewinnen, Lehramt zu studieren. Das Freiwillige Soziale Jahr Schule ist dabei ein Erfolgsprojekt, um den Rollenwechsel von Schüler*in zu Lehrkraft auszuprobieren.

Ein Problem ist die weiterhin hohe Abbruchquote der Lehramtsstudierenden im MINT-Bereich. Es ist gut, dass das Ministerium Schulen, Unis, Studierende und Eltern an einen Tisch holt, um auszuloten, was sich am Studium und an der Vorbereitung durch die Schulen verbessern muss. Die Flensburger Uni scheint da auf einem guten Weg zu sein. Sie hat im aktuellen Hochschulranking einen Spitzenplatz belegt.

Mit der erleichterten Anerkennung von im Ausland erworbenen Lehramtsabschlüssen, dem Ausbau der Nachqualifizierung, auch für Lehrkräfte, die nur ein Fach studiert haben, werden weitere Fachkräfte gewonnen. Bei allen Bemühungen, Lehrkräfte zu gewinnen, bleibt zentral, die Studien- und Arbeitsbedingungen weiter zu verbessern. Daran werden wir in Jamaika weiter mit aller Kraft arbeiten.

Wir sind dabei auf einem guten Weg. Die Investitionen in Bildung zahlen sich aus. Das zeigt der Bericht zur Unterrichtsversorgung. Wir nähern uns hier den 100 Prozent. Nur die berufsbildenden Schulen liegen mit 92 Prozent noch etwas zurück. Aber auch hier geht der Aufwärtstrend weiter.

Eine Baustelle bleibt die Lehrkräfteversorgung an Grundschulen, Förderzentren und be-

ruflichen Schulen. Zwischen drei und neun Prozent der Unterrichtenden hat keine abgeschlossene Lehrerausbildung. Auch die Höhe des Unterrichtsausfalls und der Vertretungsstunden ist noch nicht befriedigend. Wir brauchen eine noch bessere Unterrichtsversorgung, damit bei notwendigem Vertretungsunterricht nicht so häufig die Doppelbesetzung aufgelöst wird.

Für Differenzierung braucht es genügend Personal in den Klassen. Der Bericht zeigt, dass die inklusive Bildung weiter steigt. Während die Förderzentren ein Minus von rund 70 Schüler*innen (-1,5 Prozent) zu verzeichnen haben, ist die Schülerzahl in inklusiven Maßnahmen um 570 (5,2 Prozent) angestiegen. Im beruflichen Bereich freut es mich, dass die Schüler*innenzahl im Übergangsbereich um 870 Schüler*innen gesunken ist.

Wichtig ist zu wissen, welche Gründe zu diesem Rückgang geführt haben. Wichtig ist auch, ob es mit Hilfe der Jugendberufsagenturen gelingt, dass alle Jugendlichen auf dem Weg von der Schule in die Ausbildung erfasst werden und niemand verloren geht. Es gibt viele weitere interessante Fragen. Ich beantrage die Überweisung der beiden Berichte in den Bildungsausschuss.
